

Wo Gold den Glanz verliert.

Die Jagd nach Gold vertreibt Menschen von ihrem Land.

sehen-und-handeln.ch



Mediendossier:

Problemgold wegen Gesetzeslücke

Ökumenische Kampagne 2016 «Verantwortung tragen – Gerechtigkeit stärken»
 von *Fastenopfer*, *Brot für alle* und *Partner sein*

Medienkonferenz Montag 15. Februar 2016



BROT FÜR ALLE FASTENOPFER
 In Zusammenarbeit mit «Partner sein»



Problemgold wegen Gesetzeslücke

Medienkonferenz Ökumenische Kampagne 2016

Inhaltsverzeichnis

- Medienmitteilung
- Bilder
- Referat Doro Winkler, *Fastenopfer*, Fachverantwortliche Menschenrechte und Unternehmen:
Profit wichtiger als Menschenrechte?
- Referat Barthélémy Sam, Koordinator *Fastenopfer*, Burkina Faso:
Goldabbau – ein Fluch für die lokalen Gemeinschaften in Burkina Faso
- Referat Anne Seydoux-Christe, Stiftungsrätin *Fastenopfer*, Ständerätin:
Die Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen
- Summary Report
- Studie [Profit wichtiger als Menschenrechte?](#)
- Portraits der Referentinnen und Referenten
- Ökumenische Kampagne 2016 in Kürze
- Portraits der Werke
- [Dossier zu Gold aus dem Perspektiven 1 / 2016](#)

Bern/Luzern, 15. Februar 2016



Problemgold wegen Gesetzeslücke

Medienkonferenz Ökumenische Kampagne 2016: Medienmitteilung

Bern/Luzern, 15. Februar 2016. – Eine Lücke in der Schweizer Gesetzgebung begünstigt Menschenrechtsverletzungen von Konzernen im Ausland: Wegen drei Minen in Burkina Faso, deren Gold in der Schweiz verarbeitet wurde, haben viele der 14'000 umgesiedelten Menschen ihre Lebensgrundlagen verloren. Damit die Schweiz ihre Verantwortung für die Menschenrechte wahrnimmt, unterstützen Fastenopfer, Brot für alle und Partner sein die Konzernverantwortungsinitiative.

Bei der Goldverarbeitung ist die Schweiz die wichtigste Drehscheibe der Welt: Rund 70 Prozent des weltweiten Goldes werden hier veredelt. Beim Schutz der Menschenrechte bleibt die Gesetzgebung aber ungenügend. So weist Metalor, eine der grössten Goldraffinerien der Welt, darauf hin, sich bei ihrer Tätigkeit an geltende Bestimmungen wie Geldwäschereigesetz und Edelmetallkontrollverordnung zu halten. «Diese Gesetze stellen einzig die legale Herkunft des Goldes sicher und garantieren die Qualität des Goldes. Zur Einhaltung der Menschenrechte taugen sie aber nicht», kommentiert Doro Winkler, bei *Fastenopfer* Fachverantwortliche Menschenrechte. Ob die Menschenrechte eingehalten werden, überlässt der Bund der Eigenverantwortung der Raffinerien. Das genüge nicht, hält Winkler fest: «Der Schutz der Menschenrechte darf nicht freiwillig sein.»

Die Folgen dieser Freiwilligkeit zeigen sich am Beispiel des Goldabbaus in Burkina Faso. *Fastenopfer* hat drei Minen untersucht, deren Gold gänzlich durch Metalor raffiniert wird (Mine Essakane) oder bis 2015 wurde (Minen Bissa und Kalsaka). Wegen dieser drei Minen mussten 14 000 Menschen umgesiedelt werden. Dabei wurden deren Menschenrechte mehrfach verletzt: Viele der Betroffenen verloren ihr Land und den Zugang zu Wasser. Nun sind die Ernten kleiner und der Hunger nimmt zu. «Früher lebten wir, heute überleben wir», fasst eine der betroffenen Mütter die Situation zusammen. Barthélemy Sam, Koordinator des *Fastenopfers* in Burkina Faso sagt: « Hinter dem Goldabbau verbirgt sich das Schicksal zahlreicher Frauen und Männer.»

Die Sorgfaltspflicht der Konzerne muss in der Schweiz verbindlich geregelt werden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Menschenwürde. Die Schweiz ist besonders aufgefordert, weil sie als attraktiver Wirtschaftsstandort multinationale Konzerne anzieht. Mit der Konzernverantwortungsinitiative wird diese Lücke in der Schweizer Gesetzgebung geschlossen. Sie verpflichtet die Konzerne, auch bei ihren Tätigkeiten im Ausland mit aller Sorgfalt die Verletzung der Menschenrechte und von Umweltstandards zu vermeiden. Ständerätin Anne Seydoux-Christe ist sich sicher: «Niemand in der Schweiz würde akzeptieren, wenn seine Rechte oder diejenigen seiner Kinder so verletzt würden, wie das viel zu vielen Menschen in Entwicklungsländern widerfährt.» Werden Menschenrechte durch Schweizer Konzerne missachtet, schade das dem guten Ruf der Schweiz, warnt Seydoux-Christe. Und zeigt sich überzeugt: «Die Initiative ist eine Chance für unsere Wirtschaft.» Für *Fastenopfer*, *Brot für alle* und *Partner sein* ist klar: Es darf nicht sein, dass unsere Wirtschaft und unser Wohlstand auf der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen in Entwicklungsländern basiert.

Brot für alle
Postfach 1015, 3000 Bern 23
+41 (0)31 380 65 65, www.brotfueralle.ch



Fastenopfer
Postfach 2856, 6002 Luzern
+41 (0)41 227 59 59, www.fastenopfer.ch

BROT FÜR ALLE FASTENOPFER
In Zusammenarbeit mit «Partner sein»

Bilder:

Die Schweizer Politik sieht nicht das Leid, hört nicht das Klagen und sagt nichts: Bilder unserer Performance auf dem Bundesplatz in Bern (bis 14 Uhr) sowie zum Thema Goldabbau und seine Folgen in Burkina Faso finden Sie auf www.sehen-und-handeln.ch/medien

Weitere Informationen:

Patricio Frei, *Fastenopfer*, Kommunikationsverantwortlicher, 076 520 24 66
Urs Walter, *Brot für alle*, Mediensprecher, 031 380 65 71 / 079 489 38 24
Dossier: www.sehen-und-handeln.ch/medien

Bern/Luzern, 15. Februar 2016

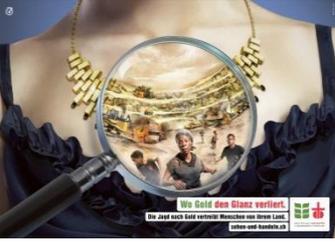


Bilder

Medienkonferenz Ökumenische Kampagne 2016

Die nachfolgenden Bilder stehen Ihnen für die Berichterstattung im Zusammenhang mit der Ökumenischen Kampagne 2016 kostenlos zur Verfügung.

Weitere Bilder unter www.sehen-und-handeln.ch/medien

 <p>Plakat</p> <p>Sujet der Ökumenischen Kampagne 2016 (Spinas Civil Voices/ Fastenopfer/Brot für alle)</p>	 <p>Bild 1</p> <p>Grube in der Goldmine Kalsaka. (Foto: Patricio Frei/Fastenopfer)</p>	 <p>Bild 2</p> <p>Abraumhalde der Goldmine Bissa in Burkina Faso. (Foto: Meinrad Schade/Fastenopfer)</p>
 <p>Bild 3</p> <p>Eine von der Goldmine vertriebene Familie in den Ruinen ihres früheren Zuhauses. (Foto: Meinrad Schade/Fastenopfer)</p>	 <p>Bild 4</p> <p>Ein Bauer vor seinem Feld, das von der Mine überflutet wurde. (Foto: Meinrad Schade/Fastenopfer)</p>	 <p>Die Ignoranz visualisiert</p> <p>Bilder von unserer Performance heute Morgen ab 14 Uhr auf www.sehen-und-handeln.ch/medien</p>

Bern/Luzern, 15. Februar 2016

Profit wichtiger als Menschenrechte?

Doro Winkler, Fastenopfer, Fachverantwortliche Menschenrechte und Unternehmen

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die Schweiz ist die Golddrehscheibe: 70 % des Goldes für den weltweiten Bedarf wird hierzulande raffiniert. Raffinierung heisst Reinigung, Veredelung. Mit ihren Goldraffinerien veredelt die Schweiz das Gold dieser Welt. Dadurch hat die Schweiz auch eine grosse Verantwortung für die negativen Auswirkungen, die der Goldabbau mit sich bringt.

Wie gehen die Schweizer Raffinerien mit ihrer Verantwortung um? Wie sieht die Schweizer Gesetzgebung aus?

Fastenopfer und *Brot für alle* haben in einer Studie den Goldabbau in Burkina Faso unter die Lupe genommen. Die Studie macht deutlich, dass die Menschenrechte der Frauen und Männer, die wegen den Goldminen umgesiedelt wurden, verletzt wurden. Und dass das Gold aus Burkina Faso fast vollständig in der Schweiz raffiniert wird.

Situation in der Schweiz

Das Gold aus den untersuchten Minen wird oder wurde bei Metalor raffiniert. Metalor ist die zweitgrösste Raffinerie der Schweiz und hat ihren Sitz in Neuenburg. Sie ist bemüht, sich als verantwortliches Unternehmen darzustellen, das Menschenrechte respektiert. Metalor schrieb uns, dass sie ihr Gold aus industriellen Minen, mit staatlicher Lizenz beziehen, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Unsere Studie zeigt jedoch, dass eine staatliche Minenlizenz noch keine Garantie dafür ist, dass Menschenrechtsverletzungen verhindert werden.

Des Weiteren beruft sich Metalor auf die eigenen, internen Richtlinien, die strengen schweizerischen Gesetze und die brancheninternen Zertifizierungen, die dazu beitragen, Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen.

Brot für alle und *Fastenopfer* haben die Wirksamkeit der schweizerischen Gesetze untersucht. Leider stellen wir fest, dass diese nicht dazu gemacht wurden, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern: Das Geldwäschereigesetz und die Edelmetallkontrollverordnung, aber auch die Regelungen der Zollverwaltung dienen lediglich dazu, die legale Herkunft des Goldes sicher zu stellen. Schweizer Gesetze wollen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung bekämpfen. Auch soll dank ihnen die gute Qualität des Goldes garantiert und die Einfuhr von Fälschungen verhindert werden. Zwar ist von Sorgfaltsprüfungen in Bezug auf Herkunft und Menschenrechte die Rede, doch setzt der Bund auf die Eigenverantwortung der Raffinerien und überlässt ihnen die Kontrolle. Die Raffinerien sind angehalten, sich zu melden, wenn ihnen Unregelmässigkeiten auffallen.



Im September 2015 hielt der Bundesrat gar fest: „Es besteht [für die Raffinerien] aber keine Verpflichtung abzuklären, aus welcher Weltregion der Rohstoff stammt oder ob dieser menschenrechtskonform abgebaut wurde.“ Ein Freipass quasi, der Schutz der Menschenrechte ist freiwillig.

Die internationale Goldbranche hingegen hat in den letzten Jahren einige Probleme anerkannt und Schritte unternommen. Sie zertifiziert ihre Mitglieder, die Sorgfaltsprüfungen in ihrer Lieferkette vornehmen. Doch wie die verlangten Sorgfaltsprüfungen ablaufen, wird nicht offengelegt.

Metalor sagt, nur ethisch gefördertes und rückverfolgbares Gold zu verarbeiten. Doch welche Kriterien dieses Gold erfüllt und wie Metalor dies überprüft, ist von aussen nicht nachvollziehbar. Einzig die goldgerahmten Zertifikate der Goldbranche sind auf ihrer Website veröffentlicht, nicht aber, wie die konkrete Prüfung geschieht.

Unsere Studie macht klar: Weder die schweizerischen Gesetze, noch die brancheninternen Zertifizierungen dazu geeignet sind, Menschenrechtsverletzungen oder Umweltvergehen zu verhindern. Was sind die Auswirkungen dieses Mangels in der Schweizer Gesetzgebung auf die Menschen in den Ländern, wo Gold abgebaut wird?

Auswirkungen in Burkina Faso

Die Studie von *Fastenopfer* und *Brot für alle* nimmt drei Minen unter die Lupe, die in Burkina Faso industriell Gold abbauen. Essakane, die grösste Mine, liegt im Norden des Landes und ist mit einer Fläche von 100 km² grösser als die Stadt Zürich. Die Minen Bissa und Kalsaka liegen in der Mitte von Burkina Faso. Das in allen drei untersuchten Minen geförderte Gold wurde bei Metalor raffiniert. Das Gold aus Bissa und Kalsaka bis im Juni 2015, dasjenige aus Essakane bis heute.

Für die Minen Essakane und Bissa wurden seit 2009 über 14 000 Menschen umgesiedelt – das entspricht der Einwohnerzahl einer Kleinstadt wie Liestal. Sie verloren ihr Land und die traditionellen Hofsiedlungen. An den neuen Orten haben sie weniger Land zur Verfügung, das zudem oft trocken und weniger fruchtbar ist. Ihre Lebensbedingungen sind deutlich schwieriger geworden. Die Wasserversorgung erweist sich als prekärer, Wasser ist nur unregelmässig verfügbar. Auf der Suche nach Brennholz oder Weideland müssen die Menschen wegen der Mine deutlich längere Wege in Kauf nehmen.

Das Zusammenleben im Dorf und die Familienstrukturen wurden beeinträchtigt oder sogar zerstört, denn die neu erstellten Dörfer sind der kulturellen Lebensweise nicht angepasst. Die Solidarität, die für das Überleben in Burkina Faso unentbehrlich ist, leidet: Nachbarn sind weit weg, Familien haben keinen Platz mehr, für ihre Söhne im gleichen Hof eigene Häuser zu bauen.

So verschärften sich die Lebensbedingungen vieler Familien aufgrund der Umsiedlungen. In der Studie berichten vier Frauen exemplarisch von ihrem zermürbenden Alltag.

Brot für alle
Postfach 1015, 3000 Bern 23
+41 (0)31 380 65 65, www.brotfueralle.ch



Fastenopfer
Postfach 2856, 6002 Luzern
+41 (0)41 227 59 59, www.fastenopfer.ch

BROT FÜR ALLE FASTENOPFER
In Zusammenarbeit mit «Partner sein»

Detailliert werden die Menschenrechtsverletzungen beschrieben. Barthélemy Sam wird darauf noch genauer eingehen.

Der Goldabbau verbraucht viel Wasser. Und um ein Gramm Gold zu gewinnen, muss eine Tonne Gestein umgewälzt werden. Die Folge: riesige Halden von Abraum überdecken einst von der Bevölkerung genutztes Land. Um Gold industriell abzubauen werden zudem grossen Mengen giftiger Chemikalien eingesetzt, vor allem Zyanid. Bei der Mine Kalsaka, in der seit Juni 2015 nicht mehr weiter gegraben wird, stellt sich für die lokale Bevölkerung die Frage, was mit den enormen Abraumhalden und der zyanidverseuchten Rückständen geschieht. Wer ist verantwortlich für die Beseitigung der Verschmutzung und für die Wiederherstellung des Landes?

Fazit

Der Abbau von Gold ist ein grosses Geschäft mit vielen negativen Folgen. Auf der einen Seite bringt er einigen multinationalen Unternehmen viel Gewinn. Dazu gehören auch die Schweizer Raffinerien wie Metalor. Auf der anderen Seite aber verliert die lokale Bevölkerung ihre Lebensgrundlagen, wenn sie für den Goldabbau umgesiedelt wird. Das ist ungerecht und erfordert, dass die Schweiz ihre Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte endlich wahrnimmt – gerade, weil sie als attraktiver Wirtschaftsstandort multinationale Konzerne anzieht. Denn es kann nicht sein, dass unsere Wirtschaft und unser Wohlstand auf der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen im Süden basiert.

Die bestehenden Schweizer Gesetze und die freiwillige Massnahmen der Goldbranche reichen nicht aus, Menschenrechte zu schützen. Es braucht verbindliche Regeln, damit Menschenrechte auch von multinationalen Konzernen bei ihren Tätigkeiten weltweit respektiert werden.

Bern/Luzern, 15. Februar 2016





Goldabbau – ein Fluch für die lokalen Gemeinschaften in Burkina Faso

Barthélemy Sam, Fastenopfer-Koordinator in Burkina Faso

(Es gilt das gesprochene Wort)

«Vorher lebten wir, jetzt überleben wir», fasst die 25-Jährige Florence Sawadogo* aus Bissa, einem Dorf in Burkina Faso, die Situation vieler Bewohnerinnen und Bewohner des Landes zusammen, die von den Auswirkungen des Goldabbaus betroffen sind.

Das Erdreich von Burkina Faso enthält grosse Mengen von Mineralien, insbesondere Gold. Seit 2011 beträgt die durchschnittliche Jahresmenge an Gold, das ins Ausland exportiert wird, rund 40 Tonnen. 2014 wurden 37 Tonnen in die Schweiz exportiert. Man schätzt, dass in den heutigen Minen noch rund 260 Tonnen Gold abgebaut werden können.

Wir beobachten einen umfangreichen Ausbau des Bergbausektors: Er beschäftigt rund 7000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den industriellen Minen und durchschnittlich drei Millionen in handwerklich betriebenen Minen. Für den Goldsektor gilt: Gemäss mehreren Schätzungen arbeiten rund 600 000 Personen in handwerklich betriebenen Goldminen. Seit mehreren Jahren kommen zahlreiche ausländische Unternehmen nach Burkina Faso, um dort industriell Gold zu gewinnen, wo bisher Kleinschürfer von Hand Gold abbauten. Heute sind elf im Goldbergbau aktive multinationale Unternehmen im Land tätig. In den letzten zwölf Jahren wurden insgesamt mehr als 900 Bewilligungen und Schürflizenzen erteilt. Ein „Goldrausch“, der zahlreiche soziale, ökonomische und ökologische und sogar politische Probleme zur Folge hat.

Verlust von Kulturland: Wenn der Anbau von Nahrungsmitteln schwieriger wird

Erste Konsequenz: der Verlust von Kulturland. Die in Burkina Faso tätigen multinationalen Unternehmen liessen die lokale Bevölkerung enteignen, um auf diesem Land ihre Werke einrichten zu können: Die meisten Minen stehen auf Kulturland, das bisher von Bauernfamilien genutzt wurde; Zufahrtsstrassen zu den Minen werden auf Privatgrundstücken gebaut. Die Einheimischen sind jedoch für den Anbau von Nahrungsmitteln auf das Land angewiesen. 83 Prozent der Bevölkerung von Burkina Faso leben von der Landwirtschaft, der Zugang zu Land ist also von entscheidender Bedeutung.

Zwei Beispiele, um das Problem zu verdeutlichen: In Gambo, einem Dorf im Norden des Landes, lernte ich Clarisse Sawadogo* kennen. Sie ist 35 Jahre alt und wohnt direkt neben der Kalsaka-Mine, die von Amara Mining betrieben wird. Clarisse Sawadogo zeigte mir ihr Feld: Es ist heute in zwei Teile zerschnitten von einer Strasse, die von Amara Mining für die Durchfahrt von Lastwagen und Maschinen gebaut wurde. Ich konnte die Verzweiflung auf dem Gesicht der Frau sehen, als sie mir erzählte, dass sie auf ihrem Land nichts mehr anbauen kann. Bisher pflanzte sie auf ihren Feldern Hirse, Erdnüsse oder Kuhbohnen an, zusätzliche Nahrungsmittel, die der Familie bei leeren Vorratskammern über eine Hungersnot hinweghalfen. Oder sie verkaufte einen Teil der Ernte auf dem Markt und zahlte mit dem Erlös Medikamente oder das Schulgeld für die Kinder. Das ist heute nicht mehr möglich: Die von Amara Mining gebaute Strasse verhindert den Durchfluss des



Wassers: Auf der einen Seite der Strasse vertrocknen die Felder, auf der andern stehen sie im Wasser.

Inoussa Ouédraogo*, ein anderer Dorfbewohner aus Gambo, erzählte mir von dem Martyrium, das er durchmachte, als ihm sein Land für den Bau dieser Strasse weggenommen wurde. «Die Dorfbevölkerung war nicht einverstanden mit dem Bau dieser Strasse; wir protestierten vehement dagegen, als die ersten Maschinen kamen.» Inoussa Ouédraogo hat sein Feld verloren. Gleich welcher Art die Verhandlungen und die vorgeschlagene Entschädigung auch waren: Er hatte sich stets geweigert, sein Land an die Minenbetreiber abzutreten. Er wusste, dass er so oder so viel verlieren würde. Er erzählte mir, dass er sich an dem Tag, als die von Polizisten begleiteten Maschinen auffuhren, um die Strasse mit Gewalt auf seinem Feld anzulegen, vor die Maschinen stellte, um zu protestieren. Die Polizei zwang ihn mit Gummiknüppeln, die Durchfahrt freizugeben. Und die Strasse wurde auf seiner Parzelle gebaut. Die zahlreich erschienene Polizei vertrieb die Protestierenden mit Tränengas. An diesem Tag verschwanden die Kinder irgendwo in der Natur, das Tränengas und die vielen Polizisten hatten sie in die Flucht getrieben. Man musste sie im Busch suchen, ein völliges Chaos...

Heute ist das gesamte Land rund um die Mine nicht mehr kultivierbar. Das Bergbauunternehmen Amara Mining hat den Betrieb der Mine eingestellt. Inoussa Ouédraogo ist wütend: Nach nur eineinhalb Jahren Betrieb hat sich das Unternehmen davongemacht. In diesen eineinhalb Jahren hat es die Lebensgrundlagen zerstört, die Inoussa Ouédraogo von seinen Grosseltern übernommen hatte und die er dereinst seinen Kindern vererben wollte.

Die vom Unternehmen versprochene Entschädigung ist völlig wertlos, kein Geld der Welt ermöglicht es Inoussa Ouédraogo, gleichwertiges Land wiederzufinden, denn man muss wissen, dass in diesen Dörfern Land nicht gekauft, sondern vererbt oder verpachtet wird. Als ich Gambo vergangenen Juni besuchte, hatte Inoussa Ouédraogo noch keinen Rappen der versprochenen Entschädigung erhalten.

Moussa Ilboudo*, ein Dorfrat, liess mich wissen, dass Amara Mining bei jeder Sprengung die betagten Bewohner wegbrachte, um Traumata zu vermeiden. Eine alte Frau in Gambo sei gar an den Folgen des Explosionsschocks gestorben.

Eine weitere Folge von Landenteignungen: der Verlust von Kultstätten. Moussa Ilboudo erzählte mir weiter: «In Gambo zerstörten die Maschinen von Amara Mining beim Graben eines Kraters für den Tagebau auch die heiligen Kultstätten des Dorfes. Dies, obwohl die Betreiber versprochen hatten, dass dies nicht passieren werde. Das ganze Dorf war traumatisiert. Ein grosser Teil der Landbevölkerung von Burkina Faso sieht in seinen Vorfahren Schutzgötter. Sie schaffen ihnen heilige Orte, wo sie beten und um Schutz bitten können. Diese Stätten zerstören heisst, die Würde der Menschen missachten.»

Eine Umsiedlung mit zerstörerischen Folgen

Ein weiteres Beispiel ist die von Nordgold bewirtschaftete Mine von Bissa. Sie liegt in der Provinz Bam, 85 Kilometer nördlich von Ouagadougou. Um die Mine betreiben zu können, wurde das Dorf Bissa umgesiedelt. Wie in Gambo verloren auch hier die Bewohnerinnen und Bewohner ihre fruchtbaren Felder. Sie sind heute gezwungen, karge Böden zu bebauen, der Ernteertrag ist kleiner geworden und sie müssen Nahrungsmittel dazu



kaufen, doch mit welchem Geld? In einigen Familien nehmen die Erwachsenen nur noch zwei Mahlzeiten pro Tag zu sich, um genügend Essen für die Kinder zu haben.

Es wurden ganze Dörfer umgesiedelt, um Platz zu machen für die Bulldozer. Es wurden schöne neue Häuser gebaut – auf den ersten Blick. Doch das Problem dabei: Die Neuansiedlung entspricht nicht den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner. Die Häuser im neuen Dorf Bissa sind aus Zement gemacht. Doch sie sind klein und schlecht gebaut. Man sieht bereits erste Risse.

Florence Sawadogo erzählte mir: «Diese Häuser sind nicht gross genug für alle Familienmitglieder und beruhen nicht auf unseren traditionellen Gewohnheiten. Man nahm keine Rücksicht auf unsere traditionelle Lebensweise. Die Ausstattung wurde von den Verantwortlichen der Mine bestimmt.» Schlimmer noch, diese neue Anordnung des Dorfes stellt die Werte der burkinischen Gesellschaft in Frage. In der traditionellen Lebensweise spielen die Familie und die Verwandtschaftsbeziehungen eine zentrale Rolle für das soziale und wirtschaftliche Überleben. Diese Beziehungen beruhen auf gegenseitigem Vertrauen, das Grundlage ist für Solidarität, gegenseitige Hilfe und Unterstützung sowie für Austausch oder wirtschaftliche Beziehungen im Alltag. Die Anordnung der Häuser, kleine Häuser, die rund um einen Hof angeordnet sind, widerspiegelt die traditionelle Lebensweise. Eine Anordnung, die es ermöglicht, neue Häuschen einzufügen, wenn die Familie wächst. Im neuen Dorf sind die Häuser rechteckig, starr in einer Reihe angeordnet. Jede Parzelle ist durch eine Mauer und breite Strasse von der anderen getrennt. Nun, da die Familien auseinandergerissen wurden und in ihren neuen Häusern isoliert sind, scheinen auch der Gemeinschaftsgeist und das Vertrauen zu verschwinden.

Und schliesslich hat eine Umsiedlung auch wirtschaftliche Folgen für die Dorfbevölkerung. Vorher verdienten sie sich als Kleinschürfer ein Zusatzeinkommen, mit dem sie die Bedürfnisse der Familie deckten. Heute sind diese Einnahmequellen versiegt, das Gold wird von den Unternehmen abgebaut.

Die Verhandlungen zwischen dem Staat, den Unternehmen und der Dorfbevölkerung laufen stets auf eine Entschädigung hinaus. Doch leider entsprechen diese nie dem, was man verliert, wenn einem das Land genommen wird.

Probleme im Zusammenhang mit Wasser

Die Bewohnerinnen und Bewohner des neuen Dorfes Bissa, vor allem die Frauen, leiden enorm unter dem akuten Wassermangel. In Burkina Faso nehmen die Wasserversorgung und der sinnvolle Umgang mit Wasser einen wichtigen Platz im Alltag einer ländlichen Gemeinschaft ein. Den Frauen obliegt die Verantwortung, das Wasser zwischen Haushalt, Küche, Reinigung und Wäsche aufzuteilen und Trinkwasser für die Familie und die Tiere zu besorgen. Zudem braucht es Wasser, um die Felder zu bewässern.

Die von den Minenbetreibern gebauten Trinkwasserbrunnen wurden durch giftiges Abwasser aus der Mine verschmutzt. Nordgold hat inzwischen verboten, Wasser aus diesen Brunnen zu trinken. Viele Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes sind sich sicher: Das Wasser wurde durch giftige Abflüsse aus der Mine verschmutzt. Sie zeigen mir die schwarzen Flecken auf ihren Händen und Füßen. Sie sagen, dass es vom „Goldwasser“ kommt. Aufgrund fehlender Alternativen trinken viele trotzdem davon.

Brot für alle
Postfach 1015, 3000 Bern 23
+41 (0)31 380 65 65, www.brotfueralle.ch



Fastenopfer
Postfach 2856, 6002 Luzern
+41 (0)41 227 59 59, www.fastenopfer.ch

BROT FÜR ALLE FASTENOPFER
In Zusammenarbeit mit «Partner sein»

Die Minengesellschaft schaffte Wassertanks heran, doch sie genügen nicht. Sie werden regelrecht gestürmt. Diese Situation führt zu Konflikten zwischen den Frauen. Die 27-Jährige Adeline Kaboré*, eine Dorfbewohnerin, erzählte mir: «In unserem früheren Dorf stellte ich meinen Kessel neben den Brunnen und jemand anders aus dem Dorf füllte ihn, sobald das Wasser kam.» Die Menschen haben sich gegenseitig unterstützt. Heute funktioniert das nicht mehr, es hat nie genügend Wasser. Klein und zierlich wie sie ist, hat Adeline Kaboré kaum Chancen, sich einen Weg durch die Menge zu bahnen, um zu den Tanks zu gelangen.

Die Frauen sind also oft gezwungen, im Nachbardorf Sabcé Wasser zu holen, wo insbesondere Private Wasserbrunnen gebohrt haben und das Wasser verkaufen. Sie müssen also für ihr Wasser bezahlen: rund 35 Rappen für 20 Liter. Zudem ist der Zugang äusserst gefährlich, besonders für Kinder, da man eine grosse, stark befahrene Strasse überqueren muss. Nach zwei Monaten wurde die Wasserlieferung in Bissa von einem Tag auf den andern eingestellt. Nach zwei Tagen ohne Wasser begann die Dorfbevölkerung heftig zu protestieren. Am nächsten Tag brachte das Unternehmen Wassertanks ins Dorf. Das war im vergangenen Jahr. Die Spannung ist förmlich greifbar. Ich schliesse mit den Worten Adeline Kaborés: «So können wir nicht überleben.»

Dies also einige Zeugenaussagen, Schreie der Verzweiflung, die ich an Sie weiterleiten möchte. Hinter dem Goldabbau verbirgt sich das Schicksal zahlreicher Frauen und Männer.

* Namen geändert

Bern/Luzern, 15. Februar 2016





Die Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen

Anne Seydoux-Christe, Ständerätin und Mitglied des Stiftungsrates von Fastenopfer

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die Schweiz ist eines der internationalen Zentren des Rohstoffhandels. Der Anteil der Schweiz am weltweiten Metallhandel beispielsweise beträgt 60%. Darauf weist der Bundesrat in seinem zweiten Bericht zum Grundlagenbericht Rohstoffe hin. Dieser Bericht bestätigt auch, dass unser Land eine zentrale Rolle bei der Goldraffination spielt: Durchschnittlich werden 70 Prozent des weltweit abgebauten Goldes in der Schweiz raffiniert. Es gibt indes keine Studie zu den Steuereinnahmen aus dem Rohstoffsektor.

In ihrem Bericht zuhanden des Bundesrates betont die interdepartementale Plattform Rohstoffe, dass sich die öffentliche Debatte in Laufe der letzten Jahre intensiviert hat und dass die angeführten Kritikpunkte hauptsächlich fünf Bereiche betreffen: Menschenrechtsverletzungen und Finanzierung von Konflikten, Umweltverschmutzung, Korruption und Schwächung der Rechtsstaatlichkeit, mangelnde Transparenz, illegitime Finanzflüsse und Steuervermeidung. Der Bericht betont: Diese Kritikpunkte stellen ein grosses Reputationsrisiko für unser Land dar. Zu den Verletzungen der Menschenrechte – wir haben es von Doro Winkler gehört – zählen die prekären Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit, Zwangsumsiedlungen, die Verletzung des Rechts auf angemessenes Wohnen, auf sauberes Trinkwasser und Nahrung, auf Zugang zu Gesundheitsversorgung sowie auf Bildung und Sicherheit.

Die Menschenrechte sind unantastbar

In der Schweiz führte die öffentliche Debatte in einem ersten Schritt zur Lancierung der Petition „Recht ohne Grenzen“ durch *Fastenopfer* und *Brot für alle* zusammen mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft. Diese Petition verlangt, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und die Umwelt respektieren müssen, auch wenn sie im Ausland tätig sind.

Seit Einreichen der Petition 2012 und deren Behandlung im Parlament wurden mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht, mit unterschiedlichem Erfolg.

Der bereits erwähnte „Grundlagenbericht Rohstoffe“ enthält 17 Empfehlungen. In Empfehlung 8 heisst es: „Die Auswirkungen einer allfälligen Einführung von Transparenzvorschriften – analog zu jenen der USA und der EU – auf den Schweizer Rohstoffsektor sollen abgeklärt und die Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage geprüft werden“ (S. 44).

Der zweite Bericht vom 16. Mai 2014 setzt bezüglich Empfehlung 8 den gleichen Weg wie der Grundlagenbericht fort. Seine zweite Empfehlung erinnert insbesondere daran, dass „die Schweiz (...) grundsätzlich multilaterale Standards im Rohstoffsektor umsetzen“ soll. In diesem Bericht weist der Bundesrat darauf hin, dass er es weiterhin als zielführend erachtet, „dass sich die Schweiz aktiv an der weiteren Erarbeitung multilateraler Standards



im Rohstoffsektor beteiligt und diese umsetzt, allerdings jeweils international abgestimmt, damit für Schweizer Unternehmen keine nachteiligen Rahmenbedingungen im harten Standortwettbewerb entstehen“ (S. 4). Diese, wie der Bundesrat betont, notwendige internationale Abstimmung darf jedoch nicht dazu führen, dass die Schweiz gar nichts unternimmt und sich zurückhält. Sie muss Regelungen treffen, welche die Unternehmen zwingt, ihre Sorgfaltspflicht wahrzunehmen.

Der Weg ist noch lang. Am 11. März 2015 kommt der Nationalrat auf seine Entscheidung zurück und lehnt eine Motion seiner aussenpolitischen Kommission ab, nachdem er sie zuvor gutgeheissen hatte. Die Motion verlangte vom Bundesrat eine Gesetzesvorlage zur Sorgfaltsüberprüfungspflicht bezüglich Menschenrechten und Umwelt für Unternehmen. Dies war einer der Gründe für die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Konzernverantwortungsinitiative zu lancieren.

Zudem wartet man nach der knappen Annahme des Postulats „Eine Ruggie-Strategie für die Schweiz“ von Alec von Graffenried durch den Nationalrat noch immer auf einen Plan des Bundesrats, wie er die Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen will. Leitprinzipien notabene, die 2011 vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen einstimmig angenommen worden waren.

In diesem Zusammenhang ist auch das Postulat von alt Ständerat Luc Recordon zu erwähnen, mit dem der Bundesrat beauftragt wird, einen Bericht vorzulegen, in dem „Bilanz über den Handel mit Gold gezogen wird, das unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen abgebaut wird“, allenfalls die Effizienz der getroffenen Massnahmen zu bestätigen (oder nicht) sowie eventuelle Probleme zu antizipieren. Am 1. Dezember 2015 folgte der Ständerat der Empfehlung des Bundesrates und nahm das Postulat an. Liest man die Antwort des Bundesrats, stellt man fest, dass die Annahme des Postulats ihn nicht gross in die Pflicht nimmt. Es braucht nun mutige Vorschläge.

Die Unternehmen haben eine Sorgfaltsprüfungspflicht

Die Organisationen der schweizerischen Zivilgesellschaft, die den parlamentarischen Prozess zu diesem Thema von Anfang an mitverfolgen, mussten feststellen, dass der Bundesrat einzig auf freiwillige Massnahmen setzt, wenn es um die Einhaltung von Menschen- und Umweltrechte durch die multinationalen, im Ausland aktiven Unternehmen geht. Tatsächlich will er sich nicht in Richtung eines sinnvollen Mix (smart mix) aus freiwilligen Massnahmen und verbindlichen staatlichen Regelungen bewegen.

Leider, und die heute vorgestellte Studie beweist es, gibt es zahlreiche konkrete Beispiele, die zeigen, dass freiwillige Massnahmen allein nicht genügen, damit Menschen- und Umweltrechte auch von allen Unternehmen eingehalten werden, die ihre soziale und ökologische Verantwortung nicht wahrnehmen, dies besonders im Ausland.

Dies ist der Grund, warum *Brot für alle* und *Fastenopfer* zusammen mit über 70 anderen Organisationen beschlossen haben, 2015 die „Konzernverantwortungsinitiative – zum Schutz von Mensch und Umwelt“ zu lancieren, für die zurzeit Unterschriften gesammelt werden.

Der neue Artikel 101a der Bundesverfassung sieht vor, den Bund gesetzlich zu verpflichten, Massnahmen zu ergreifen, damit die Wirtschaft vermehrt Menschen- und

Brot für alle
Postfach 1015, 3000 Bern 23
+41 (0)31 380 65 65, www.brotfueralle.ch



Fastenopfer
Postfach 2856, 6002 Luzern
+41 (0)41 227 59 59, www.fastenopfer.ch

BROT FÜR ALLE FASTENOPFER
In Zusammenarbeit mit «Partner sein»

Umweltrechte respektieren muss. Im Ausland tätige Schweizer Firmen und die Unternehmen, die sie kontrollieren, stehen dabei besonders im Fokus.

Im Zentrum dieser Volksinitiative steht die Einführung einer Sorgfaltspflicht auf der Grundlage der Uno- und der OECD-Leitprinzipien. Für die Unternehmen heisst dies, die Risiken identifizieren, konsequent handeln und Bericht erstatten über die Analysen und umgesetzten Massnahmen. Und sie sind für die Wiedergutmachung der angerichteten Schäden verantwortlich. Können sie glaubhaft belegen, Vorkehrungen getroffen zu haben, um Schaden solcher Art abzuwenden, oder dass ihre Sorgfaltspflicht den Schaden nicht hätte abwenden können, sind sie von der Verantwortung entbunden.

Obwohl der neue Verfassungsartikel für alle Schweizer Unternehmen anwendbar ist, wird die Mehrheit der KMU nicht davon betroffen sein, soweit sie kein Risiko betreffend Verletzungen der Menschen- und Umweltrechte darstellen.

Niemand in der Schweiz würde Verletzungen seiner Menschenrechte oder die seiner Kinder dulden, wie sie zu viele Menschen in Entwicklungsländern täglich hinnehmen müssen. Man kann die Anstrengungen der multinationalen Unternehmen nur begrüssen, die bereits heute ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Es ist jedoch höchste Zeit, auch diejenigen auf den rechten Weg zu bringen, die sich nicht darum kümmern und die ein beträchtliches Reputationsrisiko für unser Land darstellen. Denn eins muss klar sein: Es geht darum, dieser Problematik auf konstruktive Art zu begegnen, im Interesse der gefährdeten Bevölkerungsgruppen, aber auch der im Ausland aktiven multinationalen Unternehmen. Ich bin überzeugt davon, dass die Konzernverantwortungsinitiative eine Chance für unsere Wirtschaft bedeutet.

Bern/Luzern, 15. Februar 2016



Summary Report: Profit wichtiger als Menschenrechte?

Zusammenfassung der Studie über Gold aus Burkina Faso und die Verantwortung der Schweiz

Gold glänzt nicht für alle gleich. Die vorliegende Studie von Fastenopfer und Brot für alle nimmt den Goldabbau in drei Minen in Burkina Faso unter die Lupe. Rund um diese Minen geschehen Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden. Das Gold aus diesen Minen wird oder wurde in der Schweiz verarbeitet – bei der Firma Metalor am Neuenburgersee.

Die Studie lässt betroffene Frauen aus Burkina Faso zu Wort kommen, welche die dramatischen Auswirkungen der Minentätigkeiten auf ihr Leben beschreiben. Welche Verantwortung tragen die Unternehmen für die Menschenrechtsverletzungen und Umweltprobleme? Was tut oder unterlässt die Schweiz, die eine zentrale Rolle im globalen Goldgeschäft spielt? Die Studie präsentiert auch Empfehlungen: Der Bund muss multinationale Konzerne zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz verpflichten, denn freiwillig werden letztere zu wenig respektiert. Die Konzernverantwortungsinitiative gibt den Weg dazu vor.

Viele Menschen in Burkina Faso – einem Land in der Sahelzone – kämpfen in ihrem Alltag ums Überleben. *Fastenopfer* unterstützt die Bevölkerung seit 1971 darin, sich ausreichend ernähren und ein würdiges Leben führen zu können. Zwar erlebt das Land seit 2005 einen richtiggehenden Goldboom. Doch davon profitiert nicht einfach die Bevölkerung, sondern vor allem multinationale Konzerne. Zum Beispiel an den in der Studie beschriebenen Minen Essakane, Bissa und Kalsaka. Damit industrielle Minenunternehmen Zugang zum goldhaltigen Land erhalten, wurden seit 2009 rund 14'000 Menschen rund um die Minen Essakane und Bissa umgesiedelt. Die Goldmine in Kalsaka stellte im Sommer 2015 die Produktion ein. Ungeklärt bleibt, was dort mit den hochgiftigen Zyanidabfällen geschieht, die der Goldabbau mit sich brachte.

„Früher haben wir gelebt, heute überleben wir“

In der Studie berichten Frauen von den fatalen Auswirkungen, welche die Umsiedlungen für sie und ihre Familien haben. Damit bestätigen sie die Ergebnisse früherer Untersuchungen, die verschiedene Menschenrechtsverletzungen publik gemacht hatten. Seit der Umsiedlung steht vielen Menschen in Burkina Faso bedeutend weniger fruchtbares Land zur Verfügung und der Zugang zu Weideland für ihre Tiere ist erschwert. So reichen die Lebensmittel nach der Ernte heute nicht mehr für das ganze Jahr. Viele Familien müssen sich verschulden, um sich ernähren zu können. Zudem sind ihre Einkommensmöglichkeiten seit der Umsiedlung massiv eingeschränkt. Nicht zuletzt ist den Frauen und Männern die Möglichkeit des Goldwaschens als Zusatzverdienst verloren gegangen.

„Ein zermürender Kampf um genügend Wasser“

Auch die Wasserversorgung hat sich verschlechtert. Die Beschaffung des Wassers erfordert viel mehr Zeit und kostet Geld. Manche Dörfer haben seit der Umsiedlung keine



eigene Wasserquelle mehr. In einem der betroffenen Dörfer steht der Bevölkerung bis zu 50 Prozent weniger Wasser zur Verfügung.

Durch die Umsiedlungen sind die Menschenrechte auf Nahrung, Wasser und Arbeit, aber auch das Recht auf eine angemessene Unterkunft sowie auf Selbstbestimmung und Beteiligung von vielen Betroffenen verletzt worden.

Die negativen Auswirkungen bekommen insbesondere die Frauen zu spüren. Denn Frauen sind für das Überleben der Familien verantwortlich: Für die Nahrungsmittelherstellung und -zubereitung, für die Bereitstellung des Wassers für Mensch und Tier, für die Subsistenzlandwirtschaft sowie für die Pflege der Tiere und Gärten. Wenn die Männer aufgrund der prekären Situation weit weg Arbeit suchen müssen, sind die Frauen alleine für oft grosse Familien verantwortlich. Deshalb ist der eingeschränkte Zugang zu Land und Wasser infolge der Umsiedlung für Frauen besonders einschneidend.

Aber auch für die Männer ist die Situation schwierig: Dass sie ihre Familien nicht mehr ernähren können und deshalb weit weg nach Arbeit suchen müssen, ist hart und auch demütigend. Die verschärfte Lage aufgrund der Umsiedlung führt zu Konflikten in den Familien und zwischen den Geschlechtern, die das Zusammenleben erschweren.

Die Recherche zeigt, dass die mit dem Goldabbau verbundenen Umsiedlungen soziale Strukturen und kulturelle Normen in den Dörfern zersetzen. Damit gehen die sozialen Netze und Beziehungen in der Familie und der Nachbarschaft verloren. Dies hat tragische Auswirkungen, denn die gegenseitigen Hilfeleistungen in Grossfamilie und Nachbarschaft sind für die Menschen in Burkina Faso aufgrund der schwierigen Lebensumstände unverzichtbar.

Die Schweiz ist gross im Geschäft

Die Schweiz ist der weltweit führende Verarbeitungsplatz für Gold: Vier der zehn grössten Goldraffinerien der Welt befinden sich in der Schweiz, sie verarbeiten 70 Prozent des weltweit produzierten Goldes.

Vom Gold aus Burkina Faso wird gar 90 Prozent in der Schweiz raffiniert. Das Gold aus den beiden genannten Minen Bissa und Kalsaka wurde bis im Juli 2015 bei der Raffinerie Metalor bei Neuenburg verarbeitet, das Gold aus Essakane wird es bis heute. Als zentrale Abnehmerin des burkinischen Goldes hat die Raffinerie Metalor aus unserer Sicht eine grosse Mitverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen, gemeinsam mit den goldfördernden Unternehmen und dem burkinischen Staat.

Ethisches Gold?

Metalor betont in ihrer Unternehmenspolitik immer wieder, dass sie Menschenrechtsverletzungen nicht toleriere. Um Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen, arbeite Metalor nur mit industriellen Minen zusammen, die legal Gold förderten. Die vorliegende Studie macht jedoch deutlich, dass eine industrielle Mine mit staatlicher Lizenz keine Garantie für die Einhaltung von Menschenrechten ist.

Ebenfalls beruft sich Metalor auf die internen Qualitätsstandards durch die Goldbranche. Zwar hat die Goldbranche in den letzten Jahren gewisse Probleme erkannt und mit



freiwilligen Massnahmen darauf zu reagieren versucht. Die LBMA (London Bullion Market Association) hat einen Leitfaden für verantwortliches Gold (Responsible Gold Guidance) entwickelt. Firmen wie Metalor werden dadurch verpflichtet, eine Sorgfaltsprüfung ihrer Lieferkette vorzunehmen. Sie werden durch einen externen Audit geprüft und zertifiziert. Doch wie die verlangten Sorgfaltsprüfungen ablaufen, wird nicht offengelegt. So kann Metalor zwar behaupten, nur ethisch gefördertes und rückverfolgbares Gold zu verarbeiten. Doch welche Kriterien dieses Gold erfüllt und wie Metalor dies überprüft, ist von aussen nicht nachvollziehbar. Die Recherchen zeigen deutlich, dass im Umkreis der Minen in Burkina Faso, deren Gold Metalor verarbeitete und noch verarbeitet, Menschenrechtsverletzungen geschehen. Die freiwilligen, brancheninternen Massnahmen haben diese Menschenrechtsverletzungen nicht verhindert. Die Wirksamkeit der Branchen-Zertifizierungen muss deshalb ernsthaft in Frage gestellt werden.

Keine Verpflichtung zu Menschenrechten

Metalor verweist in ihren Antworten auf Vorwürfe auch auf die strengen schweizerischen Gesetze, die eine wichtige Kontrollfunktion hätten. Leider ist dem nicht so. Das schweizerische Geldwäschereigesetz und die Edelmetallkontrollverordnung, aber auch die Regelungen der Zollverwaltung dienen lediglich dazu, die Herkunft des Goldes nachvollziehbar zu machen. Sie sind nicht dafür bestimmt, allfällige Menschenrechtsverletzungen oder Umweltvergehen im Zusammenhang mit der Förderung von Gold zu verhindern. Zudem setzen sie allesamt auf Selbstkontrolle und Eigenverantwortung der Raffinerien. Der Bund überlässt die Sorgfaltsprüfung den Unternehmen und verzichtet darauf, sie zu kontrollieren.

In der Herbstsession 2015 erklärte der Bundesrat in der Fragestunde im Nationalrat gar, dass für die Schweizer Schmelzereien keine Verpflichtung bestehe, abzuklären, aus welcher Weltregion der Rohstoff stamme oder ob dieser menschenrechtskonform abgebaut worden sei. Ein Freipass, der es den Unternehmen überlässt, ob sie Menschenrechte und Umwelt schützen oder nicht!

Die Sorgfalt muss Pflicht werden

Die mit dem Goldabbau in Burkina Faso verbundenen Umsiedlungen und die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen vor Ort verursachen grosses Leid. Die Studie macht deutlich, dass freiwillige Massnahmen nicht ausreichen, um die schwerwiegenden Probleme anzugehen und die Situation der vom Rohstofffluch betroffenen Bevölkerung zu verbessern. Vielmehr braucht es gesetzliche Vorschriften, damit Schweizer Unternehmen Verantwortung übernehmen und die gebührende Sorgfalt walten lassen. Es kann nicht sein, dass Goldraffinerien von Intransparenz und fehlender Regulierung und Kontrolle in der Schweiz profitieren. Schweizer Firmen müssen verpflichtet werden, sorgfältig zu prüfen, welche Auswirkungen ihre Tätigkeiten und die Aktivitäten ihrer Zulieferer auf die Menschenrechte haben. Deshalb muss der Bund gemäss den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte die Unternehmen zu einer Sorgfaltsprüfung bezüglich Menschenrechte und Umweltschutz verpflichten. Die Konzernverantwortungsinitiative schlägt die dafür nötige Verfassungsänderung vor. Der Bundesrat soll die Initiative zur Annahme empfehlen, damit das Gold, das in der Schweiz verarbeitet wird, nicht länger mit Menschenrechtsverletzungen einhergeht.

Bern/Luzern, 15. Februar 2016

Portraits der Referentinnen und Referenten

Medienkonferenz Ökumenische Kampagne 2016

Anne Seydoux-Christe, Ständerätin, Mitglied des Stiftungsrates Fastenopfer

Anne Seydoux-Christe stammt aus Delsberg. Die 58-Jährige ist seit 2007 CVP-Ständerätin des Kantons Jura. Sie gehört der Aussenpolitischen Kommission an und ist Co-Präsidentin der Interparlamentarischen Gruppe für Menschenrechte. An der Universität Freiburg hat sie Jus studiert und mit dem Lizentiat abgeschlossen. Neben der politischen Tätigkeit präsidiert sie unter anderem das Komitee der Caritas Jura und gehört seit 2014 dem Stiftungsrat von Fastenopfer an.



Barthélémy Sam, Koordinator Fastenopfer, Burkina Faso

Sam koordiniert das Landesprogramm von Fastenopfer in Burkina Faso. Er hat Wirtschaft studiert und arbeitete für A2N (Association Nodde Nooto) sowie andere Organisationen. Sams Einsatz gilt den Bauernfamilien am Rand der Sahel. Mit Unterstützung von *Fastenopfer* machen sie ausgelaugte Böden wieder fruchtbar und verbessern die Ernährungssicherheit. Die Existenz vieler Bauernfamilien wird aber durch Bergbauunternehmen mit ihren Goldminen bedroht. Die Bevölkerung sieht er auf der Verliererseite: «Das Gold ist der Reichtum Burkina Fasos, das aber ohne Gedanken an zukünftige Generationen abgebaut wird.»



Doro Winkler, Fastenopfer, Fachverantwortliche Menschenrechte und Unternehmen

Doro Winkler ist Ethnologin und Soziologin. Sie ist Mitautorin der vorliegenden Studie „Profit statt Menschenrechte?“ Als Fachfrau Menschenrechte und Wirtschaft bei Fastenopfer begleitet sie verschiedene Partnerprojekte u.a. in der Demokratischen Republik Kongo und in Südafrika. Im Fokus steht dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft, die sich im Zusammenhang mit dem Abbau von Rohstoffen organisiert, um für ihre Rechte zu kämpfen.



Miges Baumann, Leiter Entwicklungspolitik Brot für alle

Miges Baumann, lic. phil., Journalist und Ökonom, leitet den Bereich Entwicklungspolitik und ist stv. Geschäftsleiter von *Brot für alle*. Er setzt sich für die Umsetzung der Anliegen der Entwicklungsorganisation der Reformierten Kirchen der Schweiz auf politischer Ebene ein. Miges Baumann ist Mitglied der Stiftungsräte von Max Havelaar Schweiz und Fair Wear Foundation.



Bern/Luzern, 15. Februar 2016

Brot für alle
Postfach 1015, 3000 Bern 23
+41 (0)31 380 65 65, www.brotfueralle.ch



Fastenopfer
Postfach 2856, 6002 Luzern
+41 (0)41 227 59 59, www.fastenopfer.ch

BROT FÜR ALLE FASTENOPFER
In Zusammenarbeit mit «Partner sein»

Ökumenische Kampagne in Kürze

«Verantwortung tragen – Gerechtigkeit stärken»

Brot für alle und *Fastenopfer* führen seit 1969 jährlich eine Ökumenische Kampagne in der vorösterlichen Fastenzeit durch. Seit 1994 beteiligt sich *Partner sein*, das Hilfswerk der christkatholischen Landeskirche. Die Ökumenische Kampagne hat zum Ziel, die breite Öffentlichkeit für die Ungerechtigkeit zu sensibilisieren, dass weltweit über 800 Millionen Menschen an Hunger leiden.

Die Realität zur Kenntnis zu nehmen genügt jedoch nicht. Deshalb zeigen die drei Werke Handlungsmöglichkeiten auf: politisch gerechtere Strukturen zu schaffen, ein Südprojekt mit einer Spende zu unterstützen oder sich an einer Aktion zu beteiligen.

Dieses Jahr lautet das Thema der Ökumenischen Kampagne «Verantwortung tragen – Gerechtigkeit stärken». Menschenrechte gelten für alle, weltweit. Auch Schweizer Konzerne müssen ihre Verantwortung bei allen Geschäften rund um den Globus wahrnehmen. Das muss gesetzlich verankert sein, Freiwillige Regeln der Konzern und Branchen genügen nicht. Darum tragen die Werke die Konzernverantwortungsinitiative mit und sammeln in der Zeit bis Ostern Unterschriften. Tausende Pfarreien und Kirchgemeinden führen Aktionen durch. So wird die Ökumenische Kampagne zum Inbegriff der gelebten Solidarität.

www.sehen-und-handeln.ch

Bern/Luzern, 15. Februar 2016



Brot für alle
Postfach 1015, 3000 Bern 23
+41 (0)31 380 65 65, www.brotfueralle.ch



Fastenopfer
Postfach 2856, 6002 Luzern
+41 (0)41 227 59 59, www.fastenopfer.ch

BROT FÜR ALLE FASTENOPFER
In Zusammenarbeit mit «Partner sein»

Kurzpräsentation der Werke

Medienkonferenz Ökumenische Kampagne 2016

Fastenopfer

Fastenopfer ist das Hilfswerk der Katholikinnen und Katholiken in der Schweiz. Wir setzen uns im Norden wie im Süden für eine gerechte Welt ein, in der die Menschen nicht unter Hunger und Armut leiden, sondern ein würdiges Leben führen. Wir arbeiten mit Partnerorganisationen in 14 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika zusammen. Nebst dem Engagement vor Ort setzen wir uns in der Schweiz und weltweit für gerechte Strukturen ein, etwa bei Handels- und Wirtschaftsabkommen.

Brot für alle

Brot für alle ist die Entwicklungsorganisation der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Wir bewegen Menschen im Norden zu einer verantwortungsvollen Lebensweise und engagieren uns entwicklungspolitisch für das Recht auf Nahrung und Ethisch Wirtschaften. Im Süden unterstützen wir Menschen, sich aus Not und Hunger zu befreien und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Gemeinsam mit Partnern vor Ort zeigen wir Missstände auf und setzen uns für die Rechte der Betroffenen ein.

Partner sein

Durch *Partner sein* zeigen die Schweizer Christkatholikinnen und -katholiken ihre Solidarität mit den Christen anderer Länder. Die Partnerorganisationen sind Kirchen der Utrechter Union (welche autonome katholische Kirchen vereinigt) sowie solche, mit denen eine kirchliche Gemeinschaft vereinbart wurde oder angestrebt wird (wie die anglikanischen und orthodoxen Kirchen). Die Projekte sollen als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden. Wichtig ist der partnerschaftliche Dialog mit den Projektpartnern, Zeichen einer gelebten Katholizität der Kirche.

Bern/Luzern, 15. Februar 2016

